

Erzbischof Dr. Reinhard Marx

Interview für das „Handelsblatt“, 21. Mai 2010

Die Bundesregierung und die Landesregierungen versuchen, ihre überbordende Verschuldung zu begrenzen. Unterstützen die Kirchen sie dabei? Können Sie raten, wie man ethisch sparen kann?

Marx: Grundsätzlich ist der Weg in die Staatsverschuldung ethisch bedenklich, weil man dann über seine Verhältnisse lebt, auf Kosten kommender Generationen. Schon 1980 haben die deutschen Bischöfe in einem Wort zur Bundestagswahl gegen die ausufernde Staatsverschuldung protestiert. Das hat damals zu heftigen Reaktionen des Bundeskanzlers Helmut Schmidt geführt. Ich kann aber nicht einsehen, warum für den Staat nicht grundsätzlich das gelten sollte, was für einen ehrbaren Kaufmann gilt: Sich mit den verfügbaren Einnahmen zu bescheiden. Wir reden in der derzeitigen Diskussion über die öffentlichen Haushalte ja gar nicht über Sparen, wir reden lediglich darüber, die Verschuldung weniger schnell steigen zu lassen.

Durch Minderausgaben oder Mehreinnahmen. Machen Sie sich auch Gedanken darüber, wo in diesem Sinne „gespart“ werden darf?

Marx: Welche Aufgaben hat denn der Staat? Zum Beispiel Bildungschancen für alle zu ermöglichen, existenzielle Lebensrisiken abzusichern, Integration zu fördern. Es gibt Aufgaben, die der Staat nicht abwälzen kann auf Märkte und auf die er aus Gerechtigkeitsgründen nicht einfach verzichten kann, weil er kein Geld mehr hat.

Verschuldung kommt nur in Ausnahmesituationen für Zukunftsinvestitionen in Frage, aber nicht für konsumtive Zwecke, das würde ich ethisch für bedenklich halten. Sie muss dann anschließend zurückgefahren werden. Gott sei dank haben wir die Schuldenbremse! Die würden wir heute gar nicht mehr bekommen, das wäre politisch nicht mehr durchsetzbar. Jetzt müssen die Ausgabensenkungen und mögliche Mehreinnahmen so austariert werden, dass es dem Prinzip der Gerechtigkeit entspricht.

Was heißt das konkret?

Marx: Ich kann jetzt kein Sparprogramm für die Regierung erstellen. Wir müssen uns an der Frage der Gerechtigkeit orientieren, sowohl bei den Kürzungen wie auch bei den Einnahmeerhöhungen. Ich habe selber als Bischof in Trier zehn Prozent des Haushaltes einsparen müssen. Da sagt einem jeder Betroffene: Bei mir geht es nicht! Trotzdem mussten wir unangenehme Dinge beschließen, bis hin zum Verzicht auf bestimmte Bildungshäuser. Der Staat muss bestimmte Leistungen vorhalten, etwa im Sozialen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV gibt zwar keine Höhen vor, aber

es zeigt Richtungen an. Auch die Bildung gehört zu den Grundvoraussetzungen: Wir müssen jedem eine Chance geben, und in den vergangenen Jahren ist es hier eher schlechter als besser geworden.

Soviel Sympathie man für diese Überlegung haben kann: So landen wir dabei, dass alle Wege zum Sparen versperrt sind.

Marx: Nein, ich bin gegen ein Status Quo-Denken, wonach alle Ausgaben, die einmal erreicht sind, bleiben müssen. Schließlich haben wir auch neue Problemlagen, im Sozialen wie in der Bildungsarmut, deshalb müssen wir umschichten: Manches ist nicht mehr nötig, anderes wird wichtiger. Diese Diskussion muss geführt werden und dazu fehlt der Politik manchmal die Kraft.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel: Nicht alle Familien der Mittelschicht sind auf das Kindergeld oder gar den Kinderfreibetrag angewiesen, der hohe Einkommen begünstigt. Hier könnte man doch kürzen.

Marx: Nicht beim Kindergeld, aber bei steuerlichen Begünstigungen muss man schon fragen, ob alles da ankommt, wo es hin fließen soll. Das System ist zu unübersichtlich und ungenau geworden. Das müssen wir in dieser Situation überprüfen: Erreichen die Instrumente im Steuerrecht wie im Sozialsystem das, wofür sie gedacht sind?

Der Volksmund sagt: es gibt nichts Gutes, es sei denn, man tut es. Alle müssen Opfer bringen, welche Opfer könnten denn die Kirchen bringen? Wie wäre es, wenn man auf die Anrechenbarkeit der Kirchensteuer verzichtet – das würde Mehreinnahmen von drei Mrd € bringen.

Marx: Und die Kirchensteuerzahler belasten, die dann doppelt zahlen müssten. Mit der Kirchensteuer finanzieren wir Dinge, die der Staat deshalb nicht bezahlen muss, etwas im Caritativen oder bei Kindergärten.

Sie könnten einen angemessenen Obolus entrichten dafür, dass der Staat die Kirchensteuer für Sie einzieht.

Marx: Das tun wir längst. Der Staat verdient ja an der Kirchensteuer, weil wir drei bis vier Prozent der Kirchensteuer an ihn entrichten, das ist erheblich mehr als das, was es den Staat kostet, das haben wir ausgerechnet.

Das sehen die Finanzpolitiker ganz anders. Sie sehen also keine eigenen Sparbeiträge der Kirchen?

Marx: Wenn der Staat seine Zuschüsse an uns verringern würde, müssten wir aus bestimmten caritativen Einrichtungen aussteigen, oder etwa aus der Schuldner- oder Familienberatung, wo wir auf eine Zusatzfinanzierung des Staates angewiesen sind. Der Kirche bleibt in Zeiten knapper Kassen das Sparen ohnehin als einzige Option, weil wir anders als der Staat weder Schulden machen noch die Steuern erhöhen können. Ich sehe deshalb keine Möglichkeiten, einen zusätzlichen Beitrag zur Konsolidierung zu leisten.

Die Schuldenkrise des Staates ist aus der privaten Finanzkrise entstanden. Wäre es da nicht gerechtfertigt, die heranzuziehen, die vorher gut verdient haben?

Marx: Unbedingt, das ist absolut notwendig. Das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen ist verletzt, und das kann die Demokratie gefährden. Und es geht nicht nur um das Empfinden, sondern um Tatsachen. Der Glaube an die positive Wirkung von entfesselten Märkten dominierte, das war falsch. Und es hat eine Verschiebung stattgefunden: Die Einkünfte aus Arbeit sind wesentlich geringer gestiegen als die Einkünfte aus Vermögen.

Aber wie geht es jetzt weiter? Eine höhere Einkommensteuer? Transaktionssteuer?

Marx: Die Kirche kann nicht sagen: dieses oder jenes Instrument. Aber wenn die Idee klar ist, dass die Verursacher finanziell beitragen müssen, dann wird es dazu auch Instrumente geben. In den letzten 20 Jahren war auf Seiten der Finanzwirtschaft eine unglaubliche Kreativität da, um neue Finanzinstrumente zu erfinden - bei der Überlegung, wie wir die Gewinner nun beteiligen können, kommt aber nichts. Es geht weiter, wie es vorher war. Die Frage ist: Bleiben wir beim Motto der letzten 20 Jahre – wir passen uns den Märkten an – oder gestalten wir vernünftig, nämlich so, dass diejenigen, die Krisen verursachen oder daran Geld verdienen, beteiligt werden. Die Risiken dürfen nicht weiter auf die Gesellschaft abgeschoben werden, das ist ein unglaublicher Skandal.

Eine einfache Vorstellung vieler Menschen ist: Schont die Armen, holt es von den Reichen. Machen Sie sich diese Maxime zu eigen?

Marx: Ganz falsch ist sie jedenfalls nicht. Im Wesentlichen ist das eine Frage des Steuersystems. Nur: Eine echte Reform werden wir jetzt wohl nicht hinbekommen. Wenn wir aber weiter die direkten Steuern senken und die indirekten wie die Mehrwertsteuer erhöhen, stelle ich das in Frage. Die Idee der Gerechtigkeit muss im Blick bleiben.

Wir reden über ein ganz konkretes Problem – zehn Milliarden € pro Jahr muss die Bundesregierung finden. Man könnte einfach den Spitzensteuersatz erhöhen, oder von allen, die noch Arbeit haben, für

eine begrenzte Zeit ihren Beitrag verlangen: Wer einen Job hat, kann mehr tragen als ein Arbeitsloser.

Marx: Ich denke, dass vor allem die Einkommen aus Vermögen stark zugenommen haben. Das muss man steuerrechtlich anschauen. Ich habe durchaus Sympathie für eine erneuerte Vermögensteuer, über die man intensiv nachdenken sollte.

Die Ungleichheit hat zugenommen - nicht, weil die Unternehmen ihre Mitarbeiter ausquetschen, sondern weil der Finanzsektor zu stark expandiert ist – aber wie lässt sich das zurückdrehen?

Marx: Das ist ja schon in Europa schwierig. Was politisch verheißen wurde, ist nicht eingehalten worden, manche Staaten haben sogar ihre Zahlen manipuliert. Wir brauchen eine Rahmenordnung, die erst ermöglicht, dass Märkte ihre positive Wirkung entfalten können.

Die Erkenntnis, dass man dies braucht, war auch bei der Gründung der Währungsunion vorhanden, es fehlte nur der Wille, den entscheidenden Schritt zu gehen und national auf Gestaltungsmöglichkeiten zu verzichten.

Marx: Wir kommen an diese Frage wieder heran: Wollen wir eine kohärente Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa, die dann auch Auswirkungen hat auf das Soziale? Bislang wollten wir es nicht, sie kennen die Urteile des Bundesverfassungsgerichts.

Die Väter des Grundgesetzes wollten es – sie waren für die Vereinigten Staaten von Europa. Wollen die Deutschen das nicht mehr, weil sie das Teilen verlernt haben?

Marx: Als Bischof weiß ich: Wenn die Menschen konkret wissen, wem sie mit ihrem Geld helfen, dann sind sie auch zum Teilen bereit. Im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang ist die Voraussetzung für die Bereitschaft zum Teilen, dass Vertrauen in die politischen Akteure besteht. Das ist erodiert, und deshalb hat auch der Europagedanke gelitten. Es geht jetzt darum: Wollen wir Europa? Dann müssen wir noch stärker zusammengehen, sonst können wir keine gemeinsame Währung haben. Vielleicht gibt diese Krise noch einmal Schwung.